

GASTKOMMENTARE

MEHR SOLDATEN NACH AFGHANISTAN?

Das kleinere Übel

PRO



Thomas Kröter, DuMont-Hauptstadredaktion

Nichts sei gut in Afghanistan, hat die Theologin Margot Käbmann einmal gesagt. Das ist schon eine Weile her, aber noch immer nicht ganz falsch. Es geht langsamer voran, als sich die Nationen gewünscht haben, die 2001 am Hindukusch den Krieg gegen den Terror begonnen haben. Osama bin Laden ist tot. Doch die Taliban sind nicht besiegt. Anderswo sind neue Akteure des Schreckens aufgetaucht. Es wäre zu kurz gegriffen, all das auf den militärischen Einsatz gegen den Terror zurückzuführen. Sicher wurden Fehler gemacht. Das waren nicht nur die fatalen „Kollateralschäden“ für die Zivilbevölkerung. Der wichtigste Fehler war von Anfang an, dass der Einsatz nur mit halber Kraft geführt wurde. George W. Bush wollte in Afghanistan ein Zeichen setzen. Als es nicht so recht voranging, verlor er die Lust. Aus innenpolitischen Gründen. Deshalb beschäftigte auch Barack Obama sich eher damit, seine Soldaten nach Hause zu bringen, als mit den Bedingungen eines Erfolges vor Ort. Der ist auch weiterhin nicht so schnell zu erzielen. Warum dann nicht sagen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende? Weil es ein Schrecken für die Falschen wäre. Einen Truppenabzug würde das Regime in Kabul wohl nicht überstehen. Es ist das kleinere Übel gegenüber einer totalen Machtübernahme der Taliban. Sie würde die kleinen zivilisatorischen Fortschritte zerstören – die Schulen für Mädchen, den Beginn einer Zivilgesellschaft. Und auch die noch höchst unvollkommenen Anfänge eines Staatsaufbaus. Um das alles zu schützen, braucht es, nicht nur, aber auch: Soldaten. Sie müssen das afghanische Militär schulen, ihm auch durch Aufklärung und im Zweifel Einsätze aus der Luft helfen. Der Einsatz in Afghanistan ist noch lange nicht zu Ende.

Es fehlt das Konzept

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

Es mag wie ein Widerspruch klingen, ist aber keiner: Mehr Soldaten in Afghanistan lösen die Probleme nicht besser als weniger Soldaten. Das neue Bundeswehr-Mandat krankt an den gleichen Fehlern wie das Ende der Isaf-Mission, das uns erst vor einem Jahr als Lösungsweg angepriesen wurde. Und an den gleichen Fehlern krankte wiederum auch Isaf selbst. All den Einmärschen und den Rückzügen und Wiederaufstockungen ist nämlich eines gemeinsam: Es fehlt ein tragfähiges Konzept für Stabilisierung und Wiederaufbau des Landes. Der Grünen-Abgeordnete und Afghanistan-Kenner Tom Koenigs hat mehr als zehn Jahre lang allen Mandaten zugestimmt, bis er Ende 2014 zu dem Schluss kam: „Wir haben mal mehr, mal weniger Soldaten entsandt, aber für die Sicherheit im Land war das offenbar weniger relevant.“ Und jetzt unterschrieb er einen Antrag, in dem es hieß: „Die jahrelange Strategie, vorrangig mit militärischen Mitteln eine Friedenslösung erzwingen zu wollen, ist gescheitert.“ Recht hat er, leider. Erinnert sich noch jemand, wie der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck verhöhnt wurde, als er 2007 Gespräche mit moderaten Taliban forderte? Heute, nach all den verlorenen Jahren, will auch die Verteidigungsministerin eine Verhandlungslösung. Aber die wird erschwert, wenn sich die seit 14 Jahren gemachte und von den Taliban propagandistisch genutzte Erfahrung des afghanischen Volkes fortsetzt: „Der Westen“ denkt sich eine Mission nach der anderen aus, aber am täglichen Blutvergießen ändert das nichts. Daran zu glauben, dass mehr deutsche Uniformen den Weg zum Frieden ebnen helfen – dazu haben die Afghanen schon lange keinen Grund mehr.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Hardt, als der Bundestag vor einem Jahr die „Resolute Support Mission“ für Afghanistan beschlossen hat, war die Rede von einer Abzugsperspektive. War der Plan zu voreilig?

Wir haben im Laufe des Jahres festgestellt, dass insbesondere der Rückzug aus der Fläche womöglich zu ehrgeizig war. Jetzt geht es darum, den seit 14 Jahren laufenden Unterstützungseinsatz in Afghanistan nicht durch ein übereiltes Ende zu gefährden. US-Präsident Barack Obama hat erklärt, dass für ihn nicht der Abzug Ende 2016 Priorität hat, sondern die Stabilität Afghanistans. Das war bereits letztes Jahr unsere Position. Wir werden den Einsatz fortsetzen und mit zusätzlichen Aufgaben im Bereich des Fernmeldewesens die Zahl der Soldaten von 850 auf bis zu 980 erhöhen. Wir verändern nichts am Auftrag der Bundeswehr. Es bleibt bei der Ausbildungs- und Unterstützungsmission, weil nachhaltige Sicherheit nur dann gewährleistet werden kann, wenn Streitkräfte, Polizei und Justiz Afghanistans selbstbewusst und aus eigener Position der Stärke heraus den Gegnern entgegenzutreten können, die im Land ihr Unwesen treiben.

Deutschland stellt Hunderte Millionen Euro zur Verfügung, die Afghanistan eine selbsttragende Entwicklung ermöglichen sollen. Trotzdem gehört das Land zur den Hauptherkunftsländern von Flüchtlingen. Stößt der „vernetzte Ansatz“ in Afghanistan an seine Grenzen?

Zunächst ist festzuhalten, dass viele Hunderttausend Menschen in den vergangenen Jahren nach Afghanistan zurückgekehrt sind, wir also kein Szenario erleben wie jetzt in Syrien. Aber die zwischenzeitliche Einnahme von Kundus durch die Taliban hat für Verunsicherung gesorgt. Umso mehr müssen wir den Menschen in Afghanistan das Gefühl geben, dass wir dauerhaft an ihrer Seite stehen. Wir müssen auch den Mut haben, Menschen in jene Regionen zurückzuführen, die wir als hinreichend sicher betrachten können. Die afghanische Regierung ist aufgefordert, ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nachzukommen und afghanische Bürger aufzunehmen. Es gibt im Norden des Landes und in Kabul trotz aller Probleme eine hinreichende Sicherheit. Es gibt keine flächendeckende Bedrohung mehr, so wie das unter der Herrschaft der Taliban der Fall war, insbesondere dort, wo Al-Qaida Rückzugsräume hatte.

Es gibt immer wieder Berichte über Verbindungen zwischen Taliban und pakistanischen Behörden. Muss Pakistan mehr in die Pflicht genommen werden?

Wir ermutigen die afghanische Regierung, das Gespräch mit der pakistanischen Seite zu suchen – das war übrigens ein wichtiger Punkt beim Besuch von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in Afghanistan Anfang Dezember. Kabul bemüht sich ernsthaft um eine Annäherung an den Nachbarn. Präsident Ghani war ja bereits in Islamabad. Umgekehrt dürfte auch Pakistan kein Interesse an einem Nachbarn haben, der Terrorismus nicht wirksam und aus eigener Kraft bekämpfen kann.

Halten Sie es für ausgeschlossen, dass eines Tages mit den Taliban verhandelt wird?

Es gibt auch unter den Taliban Kräfte, die für eine friedliche Zukunft des Landes zu gewinnen sind. Das ist aber eine Entscheidung der demokratisch gewählten afghanischen Regierung. Sie muss entscheiden, wen sie für geschäftsfähig hält.

Der Bundestag hat auch der Fortsetzung von „Active Endeavour“ im Mittelmeer zugestimmt, einem Einsatz, der noch immer auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrags im Zusammenhang mit 9/11 gründet. Soll aus dem Bündnisfall ein Dauerzustand werden?

„Active Endeavour“ hat genauso wie UNIFIL vor der libanesischen Küste, die Operationen „Atalanta“ am Horn von Afrika und „Sophia“ vor der libyschen Küste dazu beigetragen, dass wichtige internationale Seewege sicher sind. Bei „Active Endeavour“ streben wir bis zum Nato-Gipfel Mitte 2016 an, den Einsatz vom Artikel 5 zu lösen und auf eine andere völkerrechtliche Grundlage zu stellen.

Wie steht es um die völkerrechtliche Legitimation beim militärischen Vorgehen gegen internationalen Terror? Die Kritik lautet, dass es sich de facto um einen grenzenlos aufgefassten „Krieg gegen den Terror“ handeln würde, der sich gegen nicht-staatliche Akteure wendet.

Alle Bundeswehreinheiten, auch der in Afghanistan und im Rahmen von „Active Endeavour“ und der Syrien-Einsatz, haben eine tragfähige völkerrechtliche Grundlage. Das Recht zur Selbstverteidigung, wie es die Charta der Vereinten Nationen vorsieht, bezieht sich nicht nur auf Angriffe durch Staaten, sondern auch durch nicht-staatliche Akteure. Um den UN-Sicherheitsrat als rechtsschaffendes Gremium noch handlungsfähiger zu machen, wäre es allerdings wünschenswert, wenn wir einen Konsens erreichen könnten, den UN-Sicherheitsrat zu reformieren und seine Zusammensetzung zu ändern. Zudem gibt es den Vorstoß Frankreichs, die fünf Vetomächte dazu zu bringen, dass sie auf ihr

»Rückzug war zu ehrgeizig«

JÜRGEN HARDT Ein übereiltes Ende des Afghanistan-Einsatzes würde das bisher Erreichte gefährden, sagt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion



© picture-alliance/dpa

Veto im Fall von Völkermorden verzichten. Diesen halte ich für absolut unterstützenswert.

Was lässt sich aus den Fehlern in Afghanistan beim Einsatz gegen den „Islamischen Staat“ (IS) lernen?

Man darf die Situation in einem Land, in dem man einen Militäreinsatz plant, niemals unterschätzen und sollte ein pessimistisches Szenario mitbedenken. Zweiteils haben wir gelernt, dass ein motivierter, gut ausgebildeter einheimischer Soldat oder Polizist ein ganz anderes Potenzial hat, in seiner Heimat für Frieden und Sicherheit zu sorgen als ausländische Kräfte. Deshalb setzen wir beim Kampf gegen den IS auf Akteure am Boden, die mit der Region und den Menschen vertraut sind, wie etwa die Peshmerga im Nordirak.

Also kein Einsatz der Bundeswehr als Bodentruppe – weder in Afghanistan noch im Kampf gegen den IS?

US-Truppen führen gemeinsam mit der afghanischen Armee nach wie vor auch militärische Operationen durch. Das machen wir dort nicht mehr. Mit Blick auf Syrien stellt sich diese Frage heute nicht. Aber es wäre nicht ehrlich, hier von vornherein eine rote Linie zu ziehen.

Hätten Sie sich mehr Klarheit für das Mandat beim Syrien-Einsatz gewünscht?

Der Einsatz besteht aus drei Teilen und der Auftrag ist klar. Es geht um den Schutz des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“, es geht um die Betankung französischer Kampfflugzeuge durch unsere Tankflugzeuge und es geht um Aufklärung per Satellit und aus der Luft. Der Auftrag der UN-Resolution 2249 umfasst das Recht, den IS dort zu bekämpfen, wo er herrscht. Ein Lagebild, das erlaubt zu beurteilen, wo der IS militärische Stellungen hat, ist Voraussetzung dafür, das Mandat ordnungsgemäß zu erfüllen.

Ist das politische Ziel für Syrien klar genug definiert?

Es wird keinen Frieden in Syrien geben, solange es den IS gibt. Und es wird keine nachhaltige erfolgreiche Bekämpfung des IS geben, solange es den Konflikt in Syrien gibt. Es geht darum, eine Expansion des IS zu verhindern, um dann auf der Basis eines Friedensschlusses die syrischen Kräfte zu ermutigen, geschlossen gegen den IS auf syrischem Gebiet vorzugehen. Das hängt allerdings von zwei entscheidenden Punkten ab. Die syrische Opposition muss einen Weg finden, mit Kräften des syrischen Regimes zu einer Vereinbarung zu kommen, die zu einem Waffenstillstand und idealerweise zu Wahlen führt. Zum zweiten müssen wir Russland davon überzeugen, sich der Bekämpfung des IS und der Befriedung Syriens mit gleicher Konsequenz zu verschreiben, wie wir das tun. Da gibt es positive Signale – etwa das Tandem der Außenminister Lawrow und Kerry, die bei den Genfer Verhandlungen zeigen, dass Russland und Amerika in dieser Frage an einem Strang ziehen. Aber es gibt auch entmutigende Signale, wenn man sich anschaut, welche Ziele mit russischer Unterstützung in Syrien derzeit bekämpft werden. Das sind überwiegend keine Stellungen des IS, sondern Orte, die der syrischen Opposition zuzuordnen sind.

Das Gespräch führte Alexander Heinrich. ||

Jürgen Hardt (CDU) ist seit 2009 Mitglied des Bundestages und seit 2015 außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Pazifistin: Ute Finckh-Krämer

Sie hat es wieder getan. Mit wenigen weiteren SPD-Abgeordneten stimmte Ute Finckh-Krämer vergangene Woche im Bundestag – wie schon 2014 – gegen den „Resolute Support“-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Statt eines Abzugs der deutschen Soldaten soll die Truppe am Hindukusch mit neuem Mandat 2016 sogar von 850 auf 980 Mann verstärkt werden, laut Regierung zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. „Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Truppe in Afghanistan weiter aufgestockt werden soll und nicht stärker auf Verhandlungen gesetzt wird“, empört sich die Berliner Sozialdemokratin. Seit Jahren sei klar, dass der Bürgerkrieg am Hindukusch durch „Einsparungen von außen nicht gewonnen werden kann“, sagt Finckh-Krämer. Insofern seien Begründungen wie der Bundesregierung für das erweiterte Mandat „nicht nachvollziehbar“, dass nun auch die Taliban im Land selbst den Krieg nicht gewinnen könnten. In dem jahrzehntelangen Konflikt habe sich deutlich gezeigt, dass letztlich niemand obsiegen könne – weder die Sowjets, Pakistan, die von den USA unterstützten Aufständischen, die Taliban noch die derzeitige Regierung in Kabul. Finckh-Krämer: „Wir müssen intensiv darüber nachdenken, wie dieser Krieg beendet werden kann, ohne Sieger und Verlierer. Sonst gibt es am Hindukusch keinen Frieden.“ Sie sei froh gewesen über die Reduzierung der Truppe nach Auslaufen des Isaf-Kampfmandats vor einem Jahr. Ein Land wie Deutschland, dass aus historischen Gründen bei den Afghanen immer noch hohes Ansehen habe, sei besser beraten, als „ehrlischer Makler“ Friedensprozesse anzustoßen. „Als Partei im Bürgerkrieg wird das aber schwer

gelingen.“ Im August hatte die Abgeordnete auf einer Afghanistan-Reise in einer Delegation mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) Einblicke in die Situation im Land gewonnen. Wird die Bundeswehrmission am Hindukusch zum endlosen Einsatz? „Ich sehe darin jedenfalls kein ernsthaftes Ausstiegsszenario und keinen ernsthaften Weg zur Unterstützung eines Friedensprozesses“, sagt Finckh-Krämer. „Deutschland sollte sich militärisch aus Afghanistan zurückziehen.“ Berlin solle sich nur noch beim zivilen Aufbau engagieren.



© DBT/Achim Meide

»Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Truppe in Afghanistan weiter aufgestockt werden soll.«

ren, der Modernisierung des Landes, dem Bildungssystem, dem Agrarwiederaufbau oder der Polizeiausbildung. Kann durch die Bundeswehrpräsenz die starke Fluchtbewegung vieler Afghanen nach Deutschland gebremst werden, wie manche in Berlin hoffen? „Nein. Die Flucht der Afghanen hat viele Ursachen“, sagt Finckh-Krämer. Die Hilfe für eine Kriegspartei werde die Flucht, die ja nicht nur kriegsbedingt sei, nicht stoppen.

Ute Finckh-Krämer ist aus Prinzip gegen alle Bundeswehreinheiten unter Waffeneinsatz, mit Ausnahme von UN-Missionen mit Waffen nur zur Selbstverteidigung. Die 59-Jährige ist überzeugte Pazifistin und seit ihrer Schulzeit friedenspolitisch aktiv. Geprägt wurde sie von ihrem Vater, dem evangelischen Pfarrer Ulrich Finckh. Die Ikone der Friedensbewegung hatte in Zeiten des Ost-West-Konflikts drei Jahrzehnte lang die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer geleitet. So hatte Tochter Ute konsequenterweise auch 2001 am Reichstag gegen das erste, noch unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder durchgesetzte Bundeswehrmandat in Afghanistan demonstriert. Wie hält sie es in der SPD aus, die seit den 1990er Jahren allen Bundeswehr-Auslandseinsätzen, vom Balkan bis zu Syrien, zugestimmt hat? Warum ist sie nicht in der Linkspartei? „In der Breite der Politikfelder fühle ich mich am besten in der SPD aufgehoben“, sagt Finckh-Krämer. Die SPD habe immer eine starke friedenspolitisch engagierte Minderheit gehabt. Im übrigen sei die Linke „keine pazifistische Partei“. Im Bundestag und dort im Auswärtigen Ausschuss sitzt die gebürtige Wiesbadenerin für Berlins SPD seit 2013. Im ersten Leben vor der Politik aber hatte die promovierte Mathematikerin jahrzehntelang mit der „Königin der Wissenschaften“ zu tun. Zuerst in der Erwachsenenbildung in Minden und dann im Berliner Benjamin-Franklin-Klinikum, bis sie 2000 ins Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wechselte. Was bleibt der verheirateten Mutter zweier Söhne als Hobby? Ai-kido, die „pazifistischste“ aller asiatischen Kampfsportarten, sagt die ebenso drahtige wie zierliche kleine Frau. Der Gegner dürfe nicht ernsthaft verletzt werden. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (030) 227-305 15  
Telefax (030) 227-365 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che), stell. Cvd  
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd  
Michael Klein (mkl)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Sören Christian Reimer (scr)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
18. Dezember 2015

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurhusenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantwortl.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-42 53  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

Anzeigenverkauf

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-43 75  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [karin.kortmann@fs-medien.de](mailto:karin.kortmann@fs-medien.de)

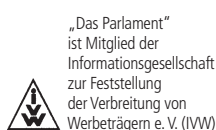
Anzeigenverwaltung, Disposition

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-42 74  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [anzeigenverwaltung@fs-medien.de](mailto:anzeigenverwaltung@fs-medien.de)

Abonnement

Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.



„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW). Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.